







und sehr dünn gefast. Sehr groß aber ist die Zahl ihrer Organisations- und Neuorientierung. Sie meinen, die so gern von der Neuorientierung der Sozialpolitik reden, richten ihre Gedanken nicht darauf, sie durch eigene Tatkraft zu verwirklichen. Nein, die eigentlichen Neuorientierer geben gerade davon ab, daß die sozialpolitische Neuerung nicht durch sie selbst, sondern vor allem durch die neuerlich gewonnenen besten Kräfte derjenigen herbeigeführt werden müsse, die dieser Neuerung bisher widerstrebt haben; der Unternehmer und deren Helferlicher.

Das wird freilich ein vergebliches Streben bleiben.  
Die „Gewerkschaft“ (Nr. 19) schlägt einen Aufruf zur Wahlrechtsfrage: „Das gleiche Wahlrecht wird und muß kommen.“ Das ist überdies auch der feste Wille der deutschen Arbeiterschaft. Der Stein ist gewaltig ins Rollen gekommen, seine Macht der Erde kann ihn aufhalten. Das Volk ist für das gleiche Wahlrecht und daher ist sein Sieg über.“

(Den gleichen Aufruf finden wir auch im „Tabak-Arbeiter“, ferner in „Verbandszeitung“).  
Gewiß, das Wahlrecht muß kommen. Aber wann es kommt, das hängt ganz davon ab, wie sich der Wille der Arbeiterschaft behauptet. Durch Reden, Aufsätze und Wünsche lassen sich die Wahlrechtsgegner nicht abtrogen.

Der „Brandstein“ (Nr. 19) schreibt unter dem Stichwort „Der Sieg der preussischen Reaktion“:

„Die Auflösung des Parlaments sofort nach Ablehnung des gleichen Wahlrechts wäre die rechte Antwort auf die Willensäußerung der preussischen Reaktionäre gewesen. Um diese Auflösung kommt die Regierung, wenn sie ehrlich das dem Volke gegebene Versprechen einlösen und sich nicht mit einem Wechselwort als Wahlschein abgeben will, doch nicht herum. Die preussischen Reaktionäre wissen, was sie wollen. Ihr Starrsinn ist nur durch eine Regierung zu brechen, die nicht mit ihnen kompromittiert, sondern die auch weiß, was sie will. Wir bitten es für sehr gefährlich, wenn die Regierung diese Festigkeit fernerhin vermissen ließe.“

Wenn die Arbeiterschaft sich „nur“ auf die Regierung verläßt, dann kann sie sehr lange warten. Wir finden es auch, so sagen wir merkwürdig, wenn ein Arbeiterblatt die Regierung zu verfluchen.

Die „Heiliger-Zeitung“ (Nr. 19) bemerkt in einem Artikel „Das Dreiklassenparlament gegen das Volk“:

„Das Verhalten der Regierung beweist aber, daß es ihr gar nicht ernst ist mit dem Kampf gegen das übermühtige Junkertum. Die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Hertling insbesondere erweckt den Anschein, als bezachte er die Verteidigung des gleichen Wahlrechts als eine wenig angenehme Pflicht. Würde die Durchführung des gleichen Wahlrechts dem Minister Herzogshofe, dann hätte er die in Vorbereitung befindlichen Anträge für „Eicherungen“ nicht begründen können. Die Regierung will, so erklärte Graf Hertling, diese Anregungen wohlwollend prüfen; sie ist fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die schädlichen Folgen des gleichen Wahlrechts möglichst vermindert werden. So spricht kein aufrichtiger Wahlrechtsfreund, der will, daß das Parlament der wahre Ausdruck des Volkswillens werde.“

Sollte die Regierung auf diesen Rufhandel eingehen, dann ist es leicht möglich, daß das Wahlgeseß so verunglückt wird, daß es auch die Freunde des gleichen Wahlrechts ablehnen müssen. Die Zukunft des Wahlrechts in Preußen ist vorerst noch völlig dunkel. Die Wahlrechtsgegner spielen ein gefährliches Spiel und auf der Regierung lastet eine schwere Verantwortung. Das Volk erwartet von ihr, daß sie für das gleiche Wahlrecht nicht nur mit Worten eintritt, sondern daß sie auch durch ihre Handlungen zu erkennen gibt, daß sie wirklich bereit ist, dem Volk den ihm gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung einzuräumen. Das deutsche Volk verlangt das gleiche Wahlrecht und verwirft die „Eicherungen“, durch die ihm „hintenherum“ das wieder genommen wird, was man ihm von vorn gibt. Haben die Anhänger des Wahlrechts die Felsen der Zeit nicht begriffen, dann müssen sie es sich selbst aufschreiben, wenn die Weltgeschichte über sie hinwegschreitet.“

Das hört sich schon anders an. Wir sind auch der Ansicht, daß ein noch über die Regierungsvorlage hinaus verschlehtes Wahlrecht abgelehnt werden muß, denn es bedeutet keinen Fortschritt, sondern nur eine gewaltige Entwertung auf dem Wege zu freibürgerlicher Entwicklung.

Die „Lebendarbeiter-Zeitung“ (Nr. 19) bemerkt in der gleichen Angelegenheit:

„... Und die preussische Regierung? Sie hofft wahrscheinlich, in der Zeit bis zur dritten Lesung irgendeine Gelegenheit zu finden, die es ihr erlaubt, durch Aufhebung des Abgeordnetenhauses an das Volk appellieren zu müssen. Einen solchen Ausweg finden, heißt Bestimmungen in das Gesetz bringen, durch welche das gleiche Wahlrecht der Junkerzerricht in Preußen ungefährlich, für das Volk aber gleich wertlos wird. Schon die Regierungsvorlage wird nicht den Wünschen der großen Masse des preussischen Volkes gerecht; wird sie auf dem Wege des Aufschubes nun noch weiter verschleht, dann mag sie der Teufel holen. Die Arbeiterklasse muß zu ihrem Rechte kommen. Wenn sie nicht abläßt, um dasselbe zu kämpfen. Auf diesen Felsen kommt es jetzt an, auf weiter nichts.“

Die „Fortschrittliche für Schneider“ (Nr. 19), die sich ebenfalls mit der Wahlrechtsfrage befaßt, meint:

„Der Aufschub kommt bereits im Gange zu sein; man mag sich den bestenfalls noch vorstellen, daß es wieder im nächsten Jahre, nämlich, der an eine Neuorientierung des Staates und Verfassungsreform geglaubt, ist

um eine Million Armer. Der reaktionäre Wille hat sich als stärker erwiesen als selbst ein verflüchtetes Königswort, an dem man bestanklich nicht brechen und brechen soll. Jedoch: „Unser König absolut, wenn er uns den Willen tut!“

Betrogen sind jedoch eigentlich nur die Leute, denen es gegeben war, ernsthaft zu glauben, eine herrschende Gesellschaft würde freiwillig von ihren Rechten etwas abgeben, zu glauben, daß eine militärisch regierte Herrschaftsform auf Dauerhaftigkeit für das operelle Volk, diesem politische Rechte einräumen würde, dazu gehörte schon sehr viel Naivität.

Die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ kreift die Frage nebenher und äußert folgendes:

„Die Wahlrechtsverhandlungen im preussischen Landtage mit ihrem negativen Erfolg für die Volksmehrheit, die Beschlüsse der Arbeitgeberorganisationen und gelegentliche Äußerungen der Schornmader weisen mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß die Arbeiter in einheitlicher und geschlossener Front zur Wahrung ihrer Naturrechte fest zusammenstehen müssen. Diese Erkenntnis hat sich während des Welferingens Bahn gebrochen und sie wird zum Ziele führen.“

Der Zusammenstoß allein genügt nicht, es muß auch ein Kampf dahinter liegen.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ (Nr. 19) sagt zur Frage des Koalitionsrechts u. a.:

„Erblich das wichtigste: Das Koalitionsrecht muß ein Stück persönlicher Freiheit sein. Jeder Versuch, sie durch schwarze Listen oder andere Verschönerung einzuzwingen, muß verpönt sein. Es gilt also, nicht nur die negativen Hemmungen zu beseitigen, es gilt auch aufzubauen. Die Gesetzgebung durch den Staat hat den Nachteil, daß sie immer zu spät die Erfordernisse erfüllt, hier müssen die Gewerkschaften als die Pioniere erscheinen. Achtstundenarbeit, Arbeitszeitverteilung, Schutz von Leben und Gesundheit, das sind Dinge, die der Tarifvertrag regeln kann, die wichtigste Aufgabe der sozialen Gesetzgebung muß sein, hier schärfend eingzugreifen durch großzügige Entwicklung des sozialen Rechtes.“

Der „Tabak-Arbeiter“ (Nr. 19) läßt einen Aufruf „Das Steuerland“ also ausklingen:

„Heute viele noch die stille Hoffnung, daß nach dem Kriege die Steuerung weichen, die Preise für Lebensmittel sich wieder senken würden, so haben die Steuererlagen durch diese Hoffnungen einen dicken Strich gemacht. Es ist eine der gefährlichsten Wirkungen der neuen Steuern, daß sie der Steuerung Vorwand liefern. Sie sind volkswirtschaftlich und finanziell gleich verwerflich.“

Man wird aufpassen müssen, wer die Hand dazu bietet, daß die Vorlagen Gesetz werden.

Der „Korrespondent“ (Nr. 51) berichtet aus dem internationalen Bund rudersekretariat:

„Der internationale Sekretär verbandte kürzlich einen großzügigen Situations- und Nachrichtenbericht. Beiträge für 1917 leisteten die Verbände in Belgien, Dänemark, Deutschland, Holland, Kroatien, Luxemburg, Österreich, Norwegen, Schweden, Schweiz und Ungarn. Im Jahre 1914 gehörten 19 Buchdruckerorganisationen dem Internationalen Sekretariat an. Der Epigraphenbund für die romanische Schweiz hat aufgedrückt zu erklären in Folge der Besetzung mit dem Schweizerischen Epigraphenbund. Demnach hätten die Verbände in Bosnien und Herzogovina, Serbien, Rumänien, Italien, Frankreich, Belgien, Finnland die Beziehungen zur internationalen Organisation unterbrochen, zum Teil wohl auch die eigene Tätigkeit. England und Amerika standen schon vor dem Abbruch; in Rußland gab es noch keine feste Organisation, geschweige eine einheitliche.“

Der „Proletarier“ (Nr. 20) berichtet über eine Zusammenkunft der Arbeiterverbände:

„Wir hatten am Schluß des Jahres 1916 eine Mitgliederzahl von 80 545; dagegen konnten wir am Schluß des Berichtsjahres 1917 eine Gesamtmitgliederzahl von 110 584 aufweisen. Das ist ein Mehr von 30 039. Diese Zahl wurde seit Bestehen unseres Verbandes nur einmal, und zwar im Jahre 1906, übertraffen. 1917 steht also bezüglich der Mitgliederzahl an zweiter Stelle. Dieser erfreuliche Fortschritt ist zu verzeichnen, trotzdem im Jahre 1917 immer noch 7184 Kollegen zum Herzeleid eingezogen wurden, gegen 11 121 im Jahre 1916. Weibliche Mitglieder hatten wir im Jahre 1916 22 076 oder 27,41 Prozent, im Jahre 1917 aber 40 458 gleich 36,58 Prozent der Gesamtmitgliederzahl.“

Bemerkenswert ist die Zunahme der weiblichen Arbeiterschaft und ihr wachsender Anteil am Gesamtmitgliederbestande.

### Überwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Der Überwachungsausschuß verbandte in der Zeit vom 12.—18. Mai folgende Rundschreiben:

1.) Bekanntmachung betr: Reichstarifvertrag für Stoffschuhwerk vom 10. Mai 1918 an alle weiterarbeitenden Gesellschafter.

2.) Rundschreiben betr: Reichstarifvertrag für Stoffschuhwerk vom 16. Mai an alle weiterarbeitenden Gesellschafter.

3.) Rundschreiben betr: Lieferungsverträge der militärischen Bekleidungs- und Instandsetzungsbetriebe vom 16. Mai an sämtliche Montage- und Instandsetzungsbetriebe.

4.) Rundschreiben betr: Gefangenenwerke von an alle Montagbetriebe.

Firmen, die diese Bekanntmachungen nicht erhalten, wollen sie vom Überwachungsausschuß der Schuhindustrie, Berlin W 8, Kronenstraße 50/52 einfordern.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam für die Woche vom 20. Mai bis 26. Mai der 21. Beitrag fällig ist.

Den Ortsverwaltungen und Verbandsvereinen wurden Fragebogen zugesandt über die Wirkung des Reichstarifs für Stoffschuhwerk. Die Fabrik ist ein Fragebogen auszufüllen. Wir ersuchen auf jedem Fragebogen den Namen der Firma aufzuschreiben, die Voten genau auszufüllen, und liegt bis spätestens zum 15. Juni an den Vorstand zu senden, da das Material für die nächste Woche bearbeitet werden soll.

Im Übrigen verweisen wir auf das beigefügte Merkblatt.

Die gelbe statistische Karte auf die wir in letzter Bezug nehmen, werden wir, um Irrtümer zu vermeiden, erst später versenden.

München, den 18. Mai 1918.

Der Vorstand

### Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Bergkandstadt. Unsern Mitgliedern zur Kenntnis bis zum 26. d. Mts. sämtliche Mitgliedsbücher und dazugehörige Kontrolle eingezogen werden, event. Nachsendungen zu begleichen. Bezüglich der Besoldungen und Krankenunterstützung machen wir darauf aufmerksam, daß streng nach Statut verfahren wird nur vom Tage der Meldung ab Unterstützung gewährt.

Calan. Jeweils Kontrolle werden die Mitgliedsbücher nächster Zeit eingezogen. Die Mitgliederorganisation werden wie früher am 2. Sonnabend im Monat gehalten und wollen die Kollegen die Mitgliedsbücher besser besetzen als bisher.

Eschwege. Die Adresse des 1. Vorn. Justus Licht vom 1. Mai ab Formiere

Stranzberg (Dhm.). Alle Zuschriften sind zu richten an Carl Bergmann, Wilhelmstr. 8

Weißenfels. Für die Sterbefälle der Kollegen Dr. Geyert und der Kollegen Kurt Frenzel und Habelsch ist die 18., 19. und 20. Sterbemarte zu

Neuer Katalog über Schuhmacherwerkzeuge  
Verband gratis und frei ko.  
V. Wette, Berlin, Lohschlagerstraße 11.

### Die Arbeiterverfaltung

Röhmannen, Schlagschlag, Wafen, Verhütung und Behandlung von Dr. Luba. Wertvolle Ratgeber und Ratgeber zur Verhütung. Preis nur 1.80 per Nachnahme.  
Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Gebäude

### Handstanzmesser

Größe I 8,00 RM. — II 7,50 RM. — III 6,50 RM.  
Gewinn 800 Amt Dptg.

Ihes Brenner, Werscheid 2. Bldg.

### Schuhwaren

### Reparatur-Einrichtung

(evtl. kleine Schuh-Fabrik-Einrichtung) mit neuesten Maschinen und elektrischem Betrieb. Nicht Dreifachstrom, zu kaufen gesucht. Offerten unter 7072 an Rudolf Mosse, München.

Anzeigen finden in „Schuhmacherzeitung“ weitere Stellen